

# Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

## Protokoll

### 35. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Montag, 30.09.2019
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:30 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Villa Lützow, Lützowstraße 28, 10785 Berlin

---

#### Anwesend sind:

Herr Oliver Kociolek	Grüne	
Herr Tilo Siewer	Grüne	
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD	
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE	
Frau Petra Schrader	DIE LINKE	
Herr Clemens Torno	AfD	
Frau Heidemarie Depil	JHA BD	
Frau Sabine Derwenskus-Böhm	JHA stellv. BD	
Herr Sascha Mase		Vertretung für: Frau Andrea Lang
Frau Bezirksstadträtin Ramona Reiser		
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände	
Frau Jutta Schauer-Oldenburg	Integrationsausschuss	

Sitzungsleitung: Herr Siewer (Vorsitzender)

Protokoll: Frau Ersek (BVV-Büro)

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### **Protokoll:**

##### **zu 1 Begrüßung und Genehmigung der TO**

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die beratenden Mitglieder, das Bezirksamt sowie die Gäste. Er begrüßt vor allem auch die Gastgeber der Villa Lützow.

Herr Fleisch begrüßt als Gastgeber, auch im Namen der Hauskordinatorin Frau Däxl, ebenfalls die anwesenden Mitglieder, das Bezirksamt und die Gäste und informiert zur Villa Lützow, die am 23. August 2019 neu eröffnet wurde.

Es sind 12 Projekte untergebracht, zu denen er einen groben Überblick gibt. Er lädt die Anwesenden im Namen der Träger ein, sich über das Haus und zu den einzelnen Projekten zu informieren. Herrn Lehmann (BA Mitte, Jugendamt) dankt er ausdrücklich für seinen Einsatz für dieses Haus.

Da sich ein paar Ausschussmitglieder zur Sitzung verspäten, werden die TOPs 3, 6 und 10 an das Ende der Sitzung verschoben.

## zu 2

### **Bolzplätze im Kiez BE: Kids e.V.**

Herr Schmidt vom Träger Kids e.V. verteilt ein Handout, aus dem die beteiligten Träger hervorgehen. Das Thema, das dem Jugendhilfeausschuss (JHA) vorgestellt wird, betreffe im Bereich des Sportangebots im Bezirk Mitte das Projekt Fußball, das Herr Schmidt gemeinsam mit Herrn Reinhold leitet. Die Umsetzung des Fußballangebots sei häufig gestört, da immer weniger Sportplätze, insbesondere Bolzplätze im Kiez zur Verfügung stehen, und diejenigen, die noch vorhanden sind, seien regelmäßig genutzt. Mit der Umgestaltung der Villa Lützow sei der täglich genutzte Betonplatz auf diesem Geländeweggefallen. Der Platz in der Pohlstraße 8 werde aufgrund des dortigen Bauvorhabens ebenfalls wegfallen, gem. BVV-Beschluss soll auf den Platz der Allegro-Grundschule ausgewichen werden, der jedoch seiner Auffassung nach aufgrund der Beschaffenheit eine Gefahrenquelle sei. Wann der Beschluss der BVV umgesetzt werde, sei nicht bekannt. Der einzige übriggebliebene „Käfigplatz“ am Karlsbad stehe einer begrenzten Nutzerschaft zur Verfügung.

Für die Kinder sei der Sport, und damit auch der Fußball, die Möglichkeit, in der Freizeit ergänzend zur Physis die Teamfähigkeit, das Durchhaltevermögen, Fairness sowie andere Sozialkompetenzen zu trainieren. Aufgrund der Reduzierung der Bolzplätze werde die bisherige Nutzeranzahl von ca. 200 Kindern gemindert. Im Gebiet Tiergarten-Süd leben aber mehr als 2.600 Kinder und Jugendliche zwischen 6 bis 25 Jahre. Herr Schmidt appelliert an die BVV, die Gesundheitsziele und Handlungsempfehlungen des Bezirksamts zu unterstützen, und damit auch den Sport mit Kindern zu fördern. Es werde ein abschließbarer und aufgewerteter Platz auf dem Gelände der Allegro-Grundschule benötigt, um Nutzungskonflikte steuern und Verletzungen minimieren zu können. Für den Wegfall des Platzes in der Pohlstraße werde ein Ersatzplatz benötigt, die Aufwertung des bestehenden Platzes auf dem Gelände der Allegro-Grundschule könne lediglich eine Ersatzlösung sein. Sodann wird erfragt, wo dieser Ersatzplatz geschaffen werden könnte und welche finanzielle Absicherung für die Qualitätserhaltung bis zum Beginn der Bebauung bestehe.

Herr Masch (AG schulbezogene Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit) bestätigt den Bericht und bestätigt die Unzufriedenheit mit der Lösung für den Wegfall des Sportplatzes in der Pohlstraße.

Der Vorsitzende merkt an, dass keine räumliche Kapazität für den Ersatzplatz benannt werden könne. Die Behebung der Gefahren auf dem Gelände der Allegro-Grundschule sei ein Thema, das nachgehalten werden sollte. Dass die Allegro-Grundschule sich bereit erklärt habe, daran mitzuwirken und den Sportplatz für öffentliche Zwecke freizugeben, werde positiv bemerkt.

Frau BV Schrader (Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Schulausschusses) berichtet, dass im Schulausschuss die Sachlage auf dem Gelände der Allegro-Grundschule thematisiert worden sei. Sie bestätigt, dass der Ersatz zwar nicht in Form eines zusätzlichen Platzes erfolge, aber so negativ seien die Beschlüsse der BVV nicht. Die Freifläche der Allegro-Grundschule werde nun nachmittags geöffnet und ein zusätzlicher geeigneter Platz gebaut. Bestandteil des Beschlusses sei auch, dass für das Öffnen und Schließen des Platzes außerhalb der Unterrichtszeiten Sorge getragen werde. Im Bericht des Bezirksamts zur Pohlstraße 8 sei die Lösung mit dem Gelände der Allegro-Grundschule nicht berücksichtigt. Es müsse auf die Verbesserung der Kommunikation innerhalb des Bezirksamts hingewirkt werden. Bezüglich der Akquise eines zusätzlichen Ersatzplatzes müsse mit der Stadtentwicklung gesprochen werden. Um Ideen für Potenziale werde gebeten.

Der Vorsitzende begrüßt den Vorschlag von Frau BV Schrader und appelliert daran, das Bezirksamt darauf hinzuweisen.

**zu 3            Genehmigung der Protokolle**  
**zu 3.1        zur 31. Sitzung am 02.05.2019 (übersandt am 20.09.2019)**

Das Protokoll wird ohne Änderungswünsche angenommen.

**zu 3.2        zur 33. Sitzung am 08.08.2019**

Das Protokoll wird vertagt.

**zu 3.3        zur 34. Sitzung am 20.08.2019 (übersandt am 20.09.2019)**

In zwei Sätzen des Protokolls fehlen Worte.

Diese werden nachgetragen. Die Abstimmung wird vertagt.

**zu 4            Mitteilungen**  
**zu 4.1        des JHA-Vorsitzenden**

Themenwünsche für kommende Sitzungen:

Der Vorsitzende informiert, dass Wünsche an ihn herangetragen worden seien:

- Mehrgenerationenhäuser
- Ausbildungsplatzsituation  
Einem Pressebericht sei zu entnehmen gewesen, dass in den Bezirksämtern sowie Landesbehörden nicht viele Ausbildungsplätze angeboten werden. Lediglich etwa ¼ der Plätze, die der Bezirk Mitte zur Verfügung stelle, gehe an junge Erwachsene mit sog. Migrationshintergrund, obwohl 53% der Einwohner Mittes einen sog. Migrationshintergrund mitbringen. Der Anteil innerhalb der betreffenden Altersgruppe werde weit höher sein. Es sollte daher von großem Interesse sein, die Verwaltung dazu zu befragen, sodass zur nächsten Sitzung Vertreter des Personalamts aber auch Vertreter von Personalämtern von Behörden mit höheren Quoten.

Der Ausschuss nimmt die Themen an und bittet bezüglich des Ausbildungsplatzmanagements um folgende Ergänzungen:

Frau Depil (BüDep) bittet um Klarstellung, dass alle Berliner Behörden dieselbe Definition des Kriteriums „Migrationshintergrund“ nutzen. Der Vorsitzende verweist auf die Abfrage des Beruflichen Qualifizierungsnetzwerks (BQN) und schlägt vor, diese zu nutzen.

Frau Schauer-Oldenburg (BüDep) bittet die Praktikumsplätze ebenfalls mit zu betrachten.

Herr BV Blum (Fraktion DIE LINKE) bittet, die Anforderungsprofile abzufragen.

Der Vorsitzende hält fest, dass das Thema zur Ausbildungsplatzsituation auf die folgende Tagesordnung aufgenommen wird. Folgende Berichterstatterinnen und –erstatter sollen eingeladen werden:

- Herr BzBm von Dassel
- Vertreter\*innen der Polizei

Abschiebung und Unterbringung von geflüchteten Familien:

Der Vorsitzende informiert, dass sich inzwischen vermehrt Familien mit entsprechenden Problemen an ihn wenden und um Hilfe bitten. Zum Teil seien es auch Teilnehmer des JHA. Er setze sich als Vorsitzender des JHA vor den entsprechenden Verwaltungseinheiten ein, entsprechende Lösungen zu finden. Sollte das ein Problem darstellen, bitte er um einen Hinweis per E-Mail.

## zu 4.2 des Bezirksamtes

Frau BzStRätin Reiser verweist auf die vorab übersandten Mitteilungen des Bezirksamts sowie die Übersicht zur Verwendung der Erbschaft „Frieseke“. Beide Dokumente befinden sich in den Anlagen zur Sitzung.

Zum Berichtspunkt „Handlungsleitfaden zur Zusammenarbeit des Regionalen Sozialdienstes (RSD) und den Schulen“ verweist sie zudem auf das ebenfalls übersandte pdf-Dokument, das ebenfalls in den Anlagen zur Sitzung zu finden ist. Die Auftaktveranstaltung zur Einführung des Handlungsleitfadens habe am 18.09.2019 stattgefunden.

Frau Schauer-Oldenburg (BüDep) erkundigt sich zu einzelnen Berichtspunkten:

- zum Handlungsleitfaden:  
Bisher seien Nachfragen zum Bereich Schule an den Schulausschuss verwiesen worden. Sie bittet um Stellungnahme, ob sich der RSD gemeinsam mit den Schulen mit dem Sachverhalt der hohen Quote des Schulabgangs ohne Schulabschluss beschäftige.  
Frau Samuray (Vertr. Jug AL) erläutert die Grenze der Einflussnahme durch das Jugendamt. Hinsichtlich der Schulqualität habe das Jugendamt keinen Einfluss.
- zum Thema „Jugendberatungshaus Mentos“:  
Sie erkundigt sich nach den Gründen, die das „Jugendberatungshaus Mentos“ dazu bewogen haben, die Arbeit zu beenden.
- zu Sprachfördergruppen Badstraße 10:  
Gem. §§ 55a SchulG mit Verweis auf § 1 Abs. 4 KitaFöG übermitteln die Träger die Dokumentationen über das Sprachniveau an die Grundschulen. Nach ihren Erkenntnissen gehen jedoch aus den Kitas selbst keine Sprachstandsermittlungen an die Grundschulen, sondern nur von Trägern.  
Frau Samuray (Vertr. Jug AL) und Frau Koch erläutern, dass in der Regelung des § 55 SchulG diejenigen Kinder erfasst sind, die keine Kita besuchen. Werden bei dem Kind unzureichende Sprachkenntnisse festgestellt, werde es in einen 25-stündigen Sprachkurs angemeldet.  
Die Weitergabe des Sprachlernetagebuchs, das in Kitas erfasst werde, könne nur mit dem Einverständnis der Eltern erfolgen. Da häufig nicht bekannt sei, in welche Schule die Kinder münden werden, haben die Kitas keinen konkreten Ansprechpartner. Das Ergebnis werde ggf. an das Schulamt gesandt. Der Prozess habe noch Optimierungspotenzial. Im Bezirk gebe es zudem verschiedene Sprachstandsmessungen, die nicht immer kompatibel seien, sodass die Schulen den Sprachstand auch selbst messen.
- zum Landesprogramm „Stadtteilmütter“:  
Sie erkundigt sich, wie mit dem Defizit von 32 Stadtteilmüttern umgegangen werde.  
Frau Samuray (Vertr. Jug AL) erläutert, dass das Programm über die Landesfinanzierung erst gestartet und daher mit weiteren Einstellungen zu rechnen sei.

Frau BV Schrader (Fraktion DIE LINKE) erkundigt sich bzgl. des Bildungsmonitorings, ob mit dem Schlussbericht bis zum Ende des Jahres gerechnet werden könne und dieser im JHA vorgestellt werde.

Frau Samuray (Vertr. Jug AL) informiert, dass es einen Zwischenbericht geben und dieser auch vorgestellt werde.

Auf Nachfrage von Frau Depil (BüDep) zum Handlungsleitfaden berichtet Frau Samuray, dass je Schule 3 Papier-Exemplare verteilt werden, mit dem Wunsch, dass mindestens eins im Lehrerzimmer ausliege. Ansonsten werde dieser als pdf-Dokument zur Verfügung stehen.

Der Vorsitzende appelliert bezogen auf den Bericht zur UAG Beteiligungsstellen an die Ausschussmitglieder, an Hearings teilzunehmen. Die von der Verwaltung angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten sollten genutzt werden.

## zu 5 **Aktuelle Viertelstunde**

Es liegen keine Beiträge vor.

## zu 6 **Berichterstattung aus den AG'en 78**

### Frau Bresche, AG Plenum Hilfen zur Erziehung und psychosoziale Dienste

1. Bei der Polizeidirektion werde es Strukturreformen geben. Die Direktion 3 werde aufgeteilt in die Direktionen 1, 2 und 5. Auswirkungen könnten sein, dass die beiden Ansprechpartnerinnen und Netzwerkkordinatorinnen für Häusliche Gewalt in dieser Position nicht verbleiben.
2. Die Landeskommission für Prävention von Armut habe Handlungsziele aufgebaut und werde mithilfe eines Fragebogens weitere eruieren. Die Träger und das Bezirksamts werden gebeten, im Rahmen des Armutsbegriffs Projekte zu schildern. Der Fragebogen werde an den JHA-Verteiler gesandt.

### Frau Berhane, AG Mädchen\* und junge Frauen\*

Am 11.10.2019 finde der Weltmädchentag im Olof-Palme-Zentrum statt. Sie gibt einen kurzen Überblick zu den Inhalten.

### Frau Graß, AG Tagesbetreuung

Der Petitionsausschuss habe sich nach langer Zeit zum Forderungspaket geäußert, letztes Jahr im JHA vorgestellt. Man sei zu keinen weiteren Zugeständnissen bereit. Die landesweite AG habe darüber beraten und appelliere an die Jugendpolitischen Sprecher, die Forderungen an die für den Haushalt zuständigen Abgeordneten, die in der Verhandlung zugegen sind, weiterzuleiten. Diese sind zusammengefasst:

- Den NDH-Zuschlag soll es ab dem ersten Kind in der Kita geben, unabhängig davon, ob dieses Sprachdefizite habe.
- Haushaltstitel für Sanierungen und Renovierungen in bezirklicher Verantwortung, sodass die Kitas und Schulen nicht EU-Mittel beantragen müssen.

### Herr Kühbauer, AG Kiezplenum Sparrplatz

Die AG beschäftige sich weiterhin mit dem Filmprojekt zu den Allgemeinen Menschenrechten.

Es sei ein Antrag an den JHA gestellt worden, der vorab per E-Mail übersandt wurde. Die Übersicht über die Haushaltsmittel des Landes Berlin zur Jugendhilfe werde seit 2001 nicht mehr veröffentlicht.

Frau BV Schrader von der Fraktion DIE LINKE hinterfragt das Anliegen vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtslage. Der Vorsitzende schlägt eine Änderung des Textes vor und betont, dass die Aufbereitung der Zahlen, insbesondere zu Erhöhungen oder zu Minderungen von Leistungen, wichtig sei. Die Art der Maßnahmen nach § 11 und deren Anteil an den Fördermitteln sei eine wichtige Information. Das Jugendamt weist darauf hin, dass daraus keine Rückschlüsse auf die Qualität der Maßnahmen gezogen werden können. Der Vorsitzende betont, dass das SGB VIII auch eine quantitative Gewährleistung sicher stellen wolle.

Der Antrag wird auf die Sitzung am 25.10.2019 vertagt.

### Herr Wichert, AG Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit

Er bedankt sich beim JHA, dass die Jugendarbeit im Bezirk Mitte stärker im Haushalt berücksichtigt wurde. Das helfe, der Umsetzung der Gesetze näher zu kommen.

Er erinnert an die Stellungnahme aus dem April 2019, die noch offen sei. Diese beinhalte einen Antrag, den parlamentarischen Dienst im Abgeordnetenhaus damit zu beauftragen, zu prüfen, was an der Jugendarbeit eine freiwillige Leistung sei und welche Pflichtenaufgaben zu leisten seien.

## zu 7

### **Situation am Maxplatz BE: Kinder- und Jugendbüro**

BE: Frau Rittel und Frau Merkel

Dem JHA wird ein Handout zur Verfügung gestellt.

Frau Rittel und Frau Merkel beschreiben das Verfahren zur Neugestaltung des Maxplatzes. Grundsätzlich finde vor jeder Erwachsenenbeteiligungsveranstaltung eine Kinder- und Jugendbeteiligung statt.

Die erste Veranstaltung habe vor Ort stattgefunden. Es haben sich etwa 50 anwohnende Kinder und Jugendliche in der Altersspanne von 4 – 21 beteiligt und Wunschzettel zur Gestaltung geschrieben.

Die Auswertung ist im Handout enthalten und wird dem JHA mündlich vorgestellt. Die Gesamtdokumentation werde im Nachgang verschickt.

Der Prozess lauf voraussichtlich bis Ende Januar 2020. Anregungen aus dem Ausschuss werden gerne aufgenommen.

Die Vertreter von „Kulturen im Kiez“ bewerten das Verfahren positiv.

## zu 8

### **Aktuelle Kitaplatz-Situation**

BE: Frau Koch, Herr Lehmann

Der Vortrag wird durch eine Präsentation unterstützt, die dem Protokoll beigelegt wird. Der Kita-Entwicklungsbericht sei fortgeschrieben, auch wenn die Zahlen der Senatsverwaltung noch nicht vorgelegt haben.

Es werde 7 Standorte mit MOKiBs geben.

Frau Samuray schildert die Rahmenbedingungen, denen das Jugendamt bei der Sicherstellung von Kitaplätzen ausgesetzt sei. Die Kolleginnen und Kollegen planen, verhandeln mit Kitas und sprechen intensiv mit den Eltern.

Frau Samuray betont, dass Räume für die Sprachförderung benötigt werden, sechs Stunden täglich. Das Jugendamt sei für Angebote dankbar.

Im Anschluss daran entwickelt sich eine rege Debatte zur Entscheidung, das Wohnortprinzip nicht nur für die Bedarfsermittlung anzuwenden, sondern daran anknüpfend die in Mitte eingerichteten Kitaplätze mehr den in Mitte wohnhaften Kindern zur Verfügung zu stellen. Die Bilanz zeige, dass die Anzahl der angenommenen Kinder aus anderen Bezirken die Anzahl der abgegebenen Kinder übersteige.

Für das Prinzip der Nähe zur Arbeitsstelle der Eltern spreche der kurze Weg für die Eltern.

Dem werde entgegengehalten, dass dem Kind die Chance genommen werde, andere Kinder aus der Wohnortumgebung kennenzulernen.

Der Vorsitzende verweist auf Presseberichte, in denen berichtet werde, dass in einigen öffentlich geförderten Einrichtungen Eltern vorgezogen würden, deren Arbeitgeber zu zusätzlichen Zahlungen an die Träger bereit seien. Das sei haushaltsrechtlich kritisch.

Frau BV Schrader von der Fraktion DIE LINKE appelliert, nicht die Eltern gegeneinander auszuspielen, sondern die Bedürfnisse der Kinder zu achten.

Der Vorsitzende regt an, dieses Themas in einer der zukünftigen Sitzungen als eigenständiger Tagesordnungspunkt zu vertiefen.

Es wird berichtet, dass auch über Möglichkeiten gesprochen werde, Ausgleiche im Bezirk zu schaffen. So zum Beispiel durch Tagespflege.

Frau Kroggel merkt diesbezüglich an, dass eine Einschulung keine geeignete Alternative sei, wenn die Schulreife noch nicht vorliege.

Der Vorsitzende schlägt vor, Anregungen an das Bezirksamt bei Planungen im Zusammenhang mit dem Kita-Aufbau zu geben und ggf. durch die BVV als Ersuchen zu be-

schließen.

**zu 9            Aktueller Stand WaB-Gruppen**  
**BE: Frau Dorr (Jugendamt)**

Frau Dorr berichtet aus Sicht des Jugendamtes. Sie informiert, welcher Anzahl an Jugendlichen mit welchen Rahmenbedingungen diese Hilfe zugutekomme. Der Wegfall des Instruments, das auf Individualität und Kleinteiligkeit ausgerichtet sei, sei problematisch, da den betreffenden Kindern und Jugendlichen kein adäquater erfolversprechender Ersatz angeboten werden könne.

Hierzu liegt ein Antragstext von Frau Depil vor, für den sich der Vorsitzende bedankt.

Frau Schauer-Oldenburg (BüDep aus dem Integrationsausschuss) schließt sich der inhaltlichen Notwendigkeit an, weist aber auch auf arbeitsrechtliche Aspekte hin, insbesondere aus der Sicht der Beschäftigtenvertretungen. Sie schlägt vor, den vorliegenden Text anzupassen.

Der Vorsitzende bittet ebenfalls, die arbeitsrechtlichen Aspekte zu betrachten, gleichwohl könne er das Konzept des Modells in Bezug auf die Kinder und Jugendlichen nachvollziehen.

Frau BV Schrader von der Fraktion DIE LINKE, Frau Schauer-Oldenburg (BüDep), Frau Depil (BüDep) und der Vorsitzende passen die Unterpunkte auf Seite 2 sowie den letzten Satz an. Die Beschäftigtenvertretungen werden mit in den Antragstext aufgenommen.

Der geänderten Form wird einstimmig zugestimmt (9 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, keine Enthaltungen).

Die Stellungnahme soll dem Landesjugendhilfeausschuss weitergeleitet werden.

**zu 10            Beratung von Drucksachen**  
**zu 10.1        Spielplätze evaluieren und bauen**  
**Drucksache: 1955/V**

Der TOP wird vertagt.

**zu 11            Kenntnisnahme**  
**Auswahl der Projekte Integrationsfonds 2020**

Die Vorlage Maßnahmeliste zum Integrationsfond 2020 ist zur Kenntnis genommen worden.

**zu 12            Verschiedenes**

Es liegen keine Themen vor.

gez.  
T. Siewer  
Vorsitzender

Ersek  
BVV 100